Sitzungsvorlage

Datum: 22.08.2013
Drucksache Nr.: **13/0238**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Feuer- und Zivilschutzausschuss	17.09.2013	öffentlich / Entscheidung

Betreff

**Feuerwehrtkartell;
Sachstandsbericht der Verwaltung (Endberatung)**

Beschlussvorschlag:

Der Feuer- und Zivilschutzausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Feuerwehrbeschaffungskartell

Die vier führenden Hersteller von Feuerwehrfahrzeugen Rosenbauer International AG/Rosenbauer Feuerwehrtechnik GmbH, Schlingmann GmbH & Co. KG, Iveco Magirus Brandschutztechnik GmbH sowie Albert Ziegler GmbH & Co. KG hatten sich laut Feststellung des Bundeskartellamts seit Anfang 2000 zu einem wettbewerbswidrigen Kartellgeschlossen.

Da zu befürchten war, dass es aufgrund der Kartellabsprachen zu erhöhten Beschaffungspreisen bei den Kommunen gekommen sein könnte, verhandelten die kommunalen Spitzenverbände entsprechend dem Auftrag ihrer Beschlussgremien mit den vorgenannten Unternehmen unter folgender Zielsetzung:

1. einen zumindest teilweisen Ausgleich des entstandenen Schadens für alle betroffenen Kommunen in einem außergerichtlichen Einigungsverfahren erzielen. Dieser Zielsetzung liegt die Erfahrung zugrunde, dass gerichtliche Verfahren von jeder Kommune einzeln anzustrengen wären und sich über einen Zeitraum von etlichen Jahren erstrecken können, der Ausgang aufgrund des schwierigen Schadensnachweises ungewiss ist und für die Kommunen unkalkulierbare Kosten entstehen können.
2. Maßnahmen, die einer erneuten Kartellbildung entgegenwirken können, einleiten und implementieren.

Zu 1.

Am 02.05.2013 haben die kommunalen Spitzenverbände mit

1. Iveco Magirus Brandschutztechnik GmbH, 89070 Ulm
2. Rosenbauer Deutschland GmbH, Rudolf-Breitscheid-Straße 9, 14943 Luckenwalde
3. Schlingmann GmbH & Co. KG, Stievenstraße 9, 49201 Dissen a.T.W.

(nachfolgend gemeinsam als „Unternehmen“ bezeichnet)

abschließend einen Schadensausgleich verhandelt sowie den Regulierungsablauf abgestimmt.

Gutachten der Lademann & Associates GmbH

Grundlage der Regulierung sind die Ergebnisse des von Lademann & Associates GmbH, Hamburg, erstellten Gutachtens, welches von den kommunalen Spitzenverbänden sowie den Unternehmen beauftragt wurde. Der Gutachter hatte den Auftrag, zu untersuchen, ob den Kommunen durch den vom Bundeskartellamt geahndeten Kartellverstoß ein Schaden entstanden ist und gegebenenfalls festzustellen, wie hoch dieser Schaden ist. Darüber hinaus sollte ein ökonomisch – nicht juristisch – begründeter Vorschlag entwickelt werden, wie ein möglicher Schaden außergerichtlich reguliert werden kann.

In enger Abstimmung mit den Auftraggebern hat der Gutachter mittels einer Online-Befragung Ausschreibungsergebnisse bei betroffenen Städten, Gemeinden und Kreisen erhoben und anschließend mit ökonometrischen Methoden ausgewertet. Die Online-Befragung erfolgte im Zeitraum vom 03.04.2012 bis zum 08.05.2012 und betraf Fahrzeugbeschaffungen bei allen am Kartell beteiligten Unternehmen (Rosenbauer, Schlingmann, Iveco Magirus und Ziegler) aus dem Zeitraum 2000 bis 2011. Insgesamt konnten über 1.800 auswertbare Beschaffungsvorgänge und über 5.000 Angebote zugrunde gelegt werden. 1.125 Kommunen haben aussagekräftige Beschaffungsdaten mitgeteilt, darunter die Stadt Sankt Augustin.

Die Schadensanalyse berücksichtigt umfassend hersteller- und fahrzeugspezifische Besonderheiten sowie Besonderheiten im Beschaffungsverhalten der Kommunen. Das Ergebnis stellt auftragsgemäß keine Betrachtung eines Einzelfalles, sondern eine statistische Betrachtung aller bewerteten Fälle dar. Hierbei wurden auf der Grundlage des Bußgeldbescheids des Bundeskartellamts auch die unterschiedlichen Koordinationsebenen der Hersteller berücksichtigt.

Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die Ermittlung des Kartellschadens nur auf die Preise für die Fahrzeugaufbauten bezieht. Fahrgestelle und feuerwehrtechnische Ausrüstungen werden häufig in separaten Losen ausgeschrieben und beschafft. Anbieter sind dann häufig Lkw-Fahrgestellhersteller sowie weitere Ausrüstungshersteller.

Ergebnisse des Gutachtens und Kompensationsvorschlag

Hinweise auf kartellbedingte Preiseffekte sind vom Gutachter lediglich im Zeitraum vom 01.01.2000 bis 23.06.2004 für Fahrzeuge über 7,5 t festgestellt worden. Hierbei handelt es sich um einen Zeitraum, in dem regelmäßig Vertriebsleitertreffen der Kartellanten stattfanden.

den. Das letzte Treffen fand am 23.06.2004 statt, danach konnten schadensrelevante Absprachen nicht mehr nachgewiesen werden. Das Gutachten stellt im Ergebnis einen statistischen Durchschnittsschaden über alle auswertbaren Beschaffungsvorgänge dar, es weist nicht den Schaden im konkreten Fall nach.

Unter der zu Beginn der Verhandlungen vorgegebenen Prämisse, dass jeder einzelne Hersteller außergerichtlich den von ihm an den Kommunen verursachten Schaden ausgleicht, erarbeitete der Gutachter einen Kompensationsvorschlag, der den Vorstellungen der Beteiligten weitestgehend entsprach. Aufgrund Insolvenz kündigte Ziegler überraschend die Beteiligung am gemeinsamen Gutachten sowie an einer außergerichtlichen Kompensation auf. Damit wurden alle erzielten Verhandlungsergebnisse nichtig, unter Berücksichtigung der veränderten Sachlage mussten die Verhandlungen unter deutlich erschwerten Bedingungen neu begonnen werden.

Vor dem Hintergrund einer äußerst komplexen Sachlage konnte nach sehr intensiven Verhandlungen nun abschließend eine Einigung erzielt werden. Die Verhandlungsergebnisse, welche auch in hohem Maße durch Regelungen und juristische Aspekte hinsichtlich der Beziehungen der Firmen untereinander geprägt sind, wurden in einer Regulierungsvereinbarung festgehalten, welche alle Regelungen der Firmen untereinander sowie die Regelungen der Firmen mit den kommunalen Spitzenverbänden enthält.

In einer Kommunalvereinbarung, die zwischen den Firmen und am Ausgleich teilnehmenden Kommunen geschlossen wird, sind die für Kommunen wesentlichen Voraussetzungen und Regelungen zur Teilnahme am Ausgleichsverfahren zusammengefasst worden.

Die Abwicklung des Ausgleichsverfahrens und die Auszahlung der Kompensationsbeträge erfolgt durch die Lademann & Associates GmbH.

Mit Schreiben vom 31.05.2013 hat das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen aus haushaltsrechtlicher Sicht im vorliegenden Fall keine Bedenken dagegen, die Angelegenheit insgesamt durch eine außergerichtliche Einigung abzuschließen. Prinzipiell seien Vergleiche zulässig, sofern

- eine tatsächliche oder rechtliche Ungewissheit über den Umfang des Schadenersatzanspruches besteht,
- diese Tatsache auch mit einem vertretbaren Aufwand nicht aufgeklärt werden kann und
- der Vergleich ein gegenseitiges Nachgeben der Parteien beinhaltet.

Diese Voraussetzungen sieht das Ministerium in der vorliegenden Angelegenheit als gegeben an.

Ebenso liegen nach Ansicht des Ministeriums angesichts der Dauer, der Kosten und des ungewissen Ausgangs, die eine gerichtliche Verfolgung der jeweiligen Ansprüche für die einzelne Kommune mit sich bringen würde, die Voraussetzungen für einen Vergleichsschluss grundsätzlich vor.

Eckpunkte der Regulierungsvereinbarung

1. Die Unternehmen zahlen zur Abgeltung der Ansprüche der Kommunen aus Lieferungen von Feuerwehrlöschfahrzeugen (nicht Drehleitern) in dem den Verfahren des Bundes-

kartellamtes zugrunde liegenden Untersuchungszeitraum von 1998 bis 2009 einen Regulierungsbetrag in Höhe von maximal 6.738.102 Euro in einen Regulierungsfond ein.

2. Die Unternehmen leisten im Einzelnen folgende Beiträge:

- Iveco Magirus 3.221.254 Euro (= ca. 48 % bei einem vom Gutachter angenommenen Marktanteil von 28%)
- Rosenbauer 2.016.848 Euro (= ca. 30 % bei einem Marktanteil von 14 %)
- Schlingmann 1.500.000 Euro (= ca. 22 % bei einem Marktanteil von 20 %) (erfolgt in 4 Raten bei Zahlung einer Anfangsrate von 600.000 Euro. Der Restbetrag von 900.000 Euro kann entsprechend erst in den 3 Folgejahren ausgezahlt werden.)

3. Angestrebt wird eine möglichst hohe kommunale Beteiligung an der Schadensregulierung. Sollte die Beteiligungsquote deutlich unter 95 Prozent liegen, behalten sich die Unternehmen weitere Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden vor, nach wie vor mit der Zielsetzung einer außergerichtlichen Kompensation.

4. Ausgleichsberechtigt sind alle Kommunen – also auch „Ziegler Kunden“ (dazu gehört auch die Stadt Sankt Augustin) –, die in der Zeit vom 01.01.2000 bis 23.06.2004 Normfahrzeuge über 7,5 t bei einem der Kartellanten beschafft haben. Für die Frage, ob eine Beschaffung in den maßgeblichen Zeitraum fällt, ist das Datum der Veröffentlichung der Ausschreibung oder der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes entscheidend. Es wird von insgesamt etwa 3.400 Beschaffungsvorgängen ausgegangen.

5. Der Regulierungsfond wird von Lademann & Associates GmbH, Hamburg treuhänderisch verwaltet. Die Datenerhebung erfolgte zunächst bis Freitag, dem 16. August 2013, diese Frist wurde zuletzt bis zum 30. September 2013 verlängert. Die Auswertung soll bis zum Jahresende 2013 abgeschlossen sein. Unmittelbar danach erfolgen bei Vorliegen der Voraussetzungen die Auszahlungen. Die im Rahmen der Abwicklung anfallenden Kosten werden von den Unternehmen getragen.

6. Die Höhe der Kompensation ist abhängig vom Fahrzeugtyp. Es werden 4 Typklassen gebildet, denen folgende Kompensationsbeträge zugeordnet sind:

	Typ	Kompensationsbetrag
1.	LF 16/12, (H)LF 20/16, LF 24	2.200 €
2.	LF 8/6, (H)LF 10/6 und 10/10	1.620 €
3.	TLF 16/24 Tr, TLF 16/25, TLF 20/40 TLF 24/50, TLF 20/40 SL	1.730 €
4.	RW1, RW2, RW3, RW Öl	2.130 €

Im maßgeblichen Zeitraum wurden durch die Stadt Sankt Augustin ein LF 8/6 und ein LF 10/6 beschafft.

7. Kommunen, die am Kompensationsverfahren teilnehmen möchten, legen für jedes beschaffte Fahrzeug:
 - einen geeigneten Nachweis einer Aufforderung zur Abgabe zumindest eines Angebotes
 - die Rechnung für das beschaffte Fahrzeug und
 - zwei unterzeichnete Exemplare der Kommunalvereinbarung vor. Sollten Gerichtsverfahren in der Angelegenheit anhängig sein, werden diese mitgeteilt.
8. Am Kompensationsverfahren teilnehmende Kommunen erklären, dass damit die etwaig entstandenen Schäden aus dem Feuerwehrlöschfahrzeugkartell kompensiert sind. Die teilnehmenden Kommunen verzichten ausdrücklich auf jegliche weitere Schadensersatzansprüche gegen die Unternehmen, die ihre Grundlage in irgendeiner Weise im sog. Feuerwehrlöschfahrzeugkartell (nicht im sog. Drehleiterkartell) haben könnten. Dieser Verzicht schließt auch Ansprüche aus zusätzlich vereinbarten, pauschalen Schadensersatzklauseln bei wettbewerbsbeschränkendem Verhalten über den Zeitraum 10/1998 bis 05/2009 ein.
9. Etwaig von den teilnehmenden Kommunen bereits anhängig gemachte gerichtliche Verfahren werden die betroffenen Kommunen durch Rücknahme der Klage bzw. des Antrags auf Erlass eines Mahnbescheides beenden. Die beteiligten Unternehmen und die betroffenen Kommunen behalten ihre jeweiligen Kosten auf sich.
10. Teilnehmende Kommunen werden keine den Untersuchungszeitraum betreffende Preisprüfungsverfahren beantragen und bereits gestellte Anträge zurücknehmen.
11. Die teilnehmenden Kommunen treten ihre Schadensersatz- oder sonstigen Ansprüche gegen das Unternehmen Ziegler, das sich dieser Vereinbarung nicht angeschlossen hat, an Iveco Magirus und Rosenbauer, die sich bereit erklärt haben, die durch Ziegler verursachte Deckungslücke teilweise zu schließen, ab. Von Ziegler ggf. beglichene Forderungen werden von Iveco Magirus und Rosenbauer zur Hälfte zusätzlich dem Regulierungsfond zugeführt.
12. Sollte sich Ziegler im Nachhinein an der Schadenskompensation beteiligen, werden diese Zahlungen je zur Hälfte den Unternehmen Rosenbauer und Iveco Magirus sowie dem Regulierungsfond zugeführt.

Die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene aber auch die Geschäftsstelle des Städte- und Gemeindebundes NRW haben das gutachterliche Verfahren von Lademann & Associates GmbH intensiv begleitet und geprüft. Sie empfehlen betroffenen Städten, Gemeinden und Landkreisen ausdrücklich den Beitritt zur außergerichtlichen Schadensregulierung.

Aus diesem Grunde wurden die entsprechenden Unterlagen seitens der Stadt Sankt Augustin am 12.06.2013 eingereicht. **Somit ist mit einer Erstattung in Höhe von insgesamt 3.240 Euro im Rahmen dieses Verfahrens zu rechnen.**

Auch wenn in der Summe ein erheblicher Schadensersatzbetrag geleistet wird, so mag der konkrete Erstattungsbetrag je Fahrzeug vielleicht als nicht sonderlich hoch angesehen werden.

Ein gerichtliches Vorgehen ist allerdings wie so häufig mit rechtlichen und wirtschaftlichen Risiken verbunden. Dies gilt insbesondere für die erfolgreiche Geltendmachung kartellbedingter Schadensersatzansprüche. So bestehen etliche Streitige Rechtsfragen. Äußerst schwer ist u.a., einen entsprechenden Schaden im Einzelfall (!) zu schätzen. Dafür bedarf es der Bestellung eines Gutachters. Der Markt der Gutachter ist nach Kenntnis der Geschäftsstelle des Städte- und Gemeindebundes NRW begrenzt. Sollten die Kommunen in einem Gerichtsverfahren ganz oder teilweise verlieren, müssten sie deren in der Regel erheblichen Kosten mindestens anteilig tragen. Hinzu kommen dann noch erhebliche anwaltliche Kosten. Ein Prozess bedingt somit erhebliche Kostenrisiken, die nach Ansicht der Geschäftsstelle kaum im Verhältnis zu - geringfügigen - Schadensersatzzahlungen stehen dürften.

Zu 2. Selbstreinigung der Unternehmen und unabhängige Prüfung

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Kartellverstöße haben sich die kommunalen Spitzenverbände eingehend mit der Frage beschäftigt, wie zukünftige Kartellabsprachen wirksam unterbunden werden können. Mit den Kartellanten wurden Maßnahmen verhandelt, die umfassend umgesetzt wurden.

Aus personeller Sicht wurden zwischenzeitlich alle Personen der betroffenen Unternehmen aus Geschäftsführung und Vertriebsleitung, die an den unerlaubten Absprachen beteiligt waren, von ihren Aufgaben entbunden und durch neues Leitungspersonal ersetzt.

Organisatorisch haben die Kartellanten Compliance – Systeme mit entsprechenden Prozessen installiert. Der Begriff Compliance steht für die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen, regulatorischen Standards und Erfüllung weiterer, wesentlicher ethischer Standards und Anforderungen.

Seitens der kommunalen Spitzenverbände wurde als Sofortmaßnahme eine Checkliste erarbeitet, anhand derer die Firmen konkrete Maßnahmen zur „Selbstreinigung“ und damit die Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit für zukünftige Vergabeverfahren nachweisen mussten. Dieser Ablauf wurde standardisiert durch die Einbindung einer unabhängigen Stelle (ZertBau GmbH, Berlin), welche die Maßnahmen zur „Selbstreinigung“ geprüft und die Firmen zertifiziert hat. Mit dieser Prüfung, der sich die Unternehmen jährlich unterziehen müssen, ist ein Verfahren etabliert, das wesentlich zur Sicherstellung der vergaberechtlichen Zuverlässigkeit beiträgt.

Dieser Sachverhalt wird dem Fachausschuss hiermit zur Kenntnis gegeben.

In Vertretung

Rainer Gleß
Erster Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von

über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.

über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.